

Antifaschistische Zeitung

Kein Vergessen. Kein Vergeben.

9. November 2005
67 Jahre nach der Reichspogromnacht **1938**



Solidarität mit den Opfern des deutschen
Antisemitismus und Rassismus

Mittwoch, 9. November 2005, 17 Uhr

**Gedenkkundgebung am
Mahnmal Levetzowstraße (Moabit)**

anschließend

**Antifaschistische Demonstration zum
Mahnmal auf der Putzitzbrücke**



Editorial

Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen. Primo Levi

60 Jahre sind vergangen seit der Befreiung vom Nationalsozialismus. Das Gedenkjahr 2005 ist vorbei. Die großen Reden und Gesten auch. Die Notwendigkeit unserer Gedenkveranstaltung zum 9. November anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht 1938 bleibt Jahr für Jahr bestehen. Die letzten Überlebenden der Nazibarbarei werden bald gestorben sein. Sie werden uns fehlen, ihre Stimmen sind nicht zu ersetzen. Wir freuen uns deshalb, dass einige von ihnen für unsere Zeitung ihre Erfahrungen aufgeschrieben haben und Gerhard Leo außerdem auf unserer Kundgebung sprechen wird. Unsere Demonstration soll dazu beitragen, dass kein veröhnlicher Schlussstrich unter die Verbrechen der jüngsten deutschen Geschichte gezogen werden kann.

Wir hoffen, Euch am 9. November in Moabit zu sehen.

Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)

Inhalt

Aufruf zum 9. November 2005 Seite 2/3

Zeitzeugen Seite 4/5/6/7

November 1938 Seite 8

Revanchismus in der BVV Seite 8

Freiheit für Julia Seite 9

„Reichsbürger“ Seite 10

Totschweigen und Ignorieren Seite 11

Rassismus in Europa Seite 11

Moabit schwarz-braun Seite 12

Infos & Termine Seite 12



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

67. Jahrestag der Reichspogromnacht

Wir rufen auf zu einer Demonstration und Gedenkkundgebung zum Andenken an die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust. Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus.

Mit unserer Veranstaltung wollen wir an das Novemberpogrom von 1938 erinnern.

Vor 67 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in Deutschland fast alle noch verbliebenen Synagogen. Die gewalttätigen Novemberpogrome gegen Juden und Jüdinnen erreichten in dieser Nacht ihren Höhepunkt. Im gesamten Reichsgebiet setzten deutsche Antisemiten, an der Spitze die SA, Synagogen in Brand. Sie schlugen Scheiben ein und plünderten jüdische Geschäfte, sie drangen in Betriebe und Schulen ein und zerstörten die Einrichtung, sie überfielen Juden und Jüdinnen in ihren Wohnungen und misshandelten, demütigten, vergewaltigten oder töteten sie sogar. Über 100 Menschen wurden ermordet oder nahmen sich aus Angst und Verzweiflung das Leben. Etwa 30000 jüdische Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt, viele von ihnen starben dort in den darauffolgenden Monaten an den Haftbedingungen, in Folge von Zwangsarbeit, Hunger und Misshandlungen.

Die Reichspogromnacht markiert den Wendepunkt von Ausgrenzung, Entrechtung und Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus Deutschland, hin zu Terror, Vernichtung und Mord. Über die verbrecherischen Absichten des nationalsozialistischen Deutschland konnten nach diesem Datum kaum noch Zweifel bestehen.

Gefangenen der Konzentrationslager und Zuchthäuser, für versteckte Jüdinnen und Juden, für Angehörige der alliierten Streitkräfte, für die Bevölkerung in den von Deutschland überfallenen Ländern, für fast die ganze Welt war es der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, der in vielen Ländern spontan auf der Straße gefeiert wurde.

Charlie Draper aus London erinnert sich: „Alle waren wie verrückt, tanzten und sangen auf den Straßen. Meine Freunde und ich tranken einiges, und ich landete in dem Brunnen auf dem Trafalgar Square. Ich dachte: Welt, sie haben mich nicht gekriegt, und war glücklich, überlebt zu haben. Ich werde nun noch einen guten Drink nehmen und die Tatsache gelernt zu haben und deshalb ein neues Auschwitz im Kosovo verhindern zu müssen, zog die rot-grüne Bundesregierung in den ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945. Auschwitz, ein Synonym für ein singuläres deutsches Verbrechen, wurde so zum vielfältig verwendbaren Geschichtszeichen umgedeutet, zu einem Verbrechen, das stellvertretend für viele andere stehen kann.“

In Deutschland dagegen wurde der Zusammenbruch des Nationalsozialismus fast durchweg als Niederlage empfunden. Es überwog ein Gefühl von Verlust und von Demütigung vor der Welt, die man doch hatte erobern und unterwerfen wollen. Diese Stimmung blieb prägend für die ersten Nachkriegsjahrzehnte. Die Vergangenheit wurde verdrängt, die eigene Täterschaft geleugnet und über die Opfer wurde geschwiegen. Denjenigen Überlebenden oder aus dem Exil Zurückgekehrten, die versuchten, sich und ihrem Schicksal Gehör zu verschaffen, schlug bestenfalls Desinteresse oder sogar Ablehnung entgegen.

Krieg im Kosovo – Frieden mit Auschwitz

60 Jahre später hat sich das offizielle Bild in Deutschland gewandelt. Der Terminus Befreiung hat längst Einzug gehalten in den allgemeinen Sprachgebrauch.

Der rot-grünen Bundesregierung ist es seit 1998 gelungen, die politische Landschaft nach ihren Vorstellungen zu verändern. Nicht mehr Verdrängung oder Abwehr kennzeichnen seitdem den Umgang mit der Geschichte, sondern die opportune Nutzung der NS-Vergangenheit für die eigenen Interessen und für die Rechtfertigung der eigenen Politik. Der erste Befreiungsschlag in diese Richtung war der Krieg gegen Jugoslawien 1999. Unter dem selbstbewussten Postulat, aus der Geschichte gelernt zu haben und deshalb ein neues Auschwitz im Kosovo verhindern zu müssen, zog die rot-grüne Bundesregierung in den ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945. Auschwitz, ein Synonym für ein singuläres deutsches Verbrechen, wurde so zum vielfältig verwendbaren Geschichtszeichen umgedeutet, zu einem Verbrechen, das stellvertretend für viele andere stehen kann.

Es waren vor allem die Überlebenden der Shoah selbst, die damals gegen diese unerträgliche Relativierung und Gleichsetzung der nationalsozialistischen Verbrechen protestierten. In einem offenen Brief wandten sich 14 Überlebende an Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping: „Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern verurteilen den Missbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Hitler-

faschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.“

Ihr Protest verhallte weitgehend ungehört, die Strategie der rot-grünen Bundesregierung dagegen ging auf. Sie schuf sich ihren eigenen Gründungsmythos einer neuen selbstbewussten deutschen Nation, die aus ihrer Geschichte gelernt hat und befreit davon ihre Interessen in der Welt vertreten kann.

Gedenkjahr 2005

So verwundert es nicht, dass selbst die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus dazu beitragen, der Welt ein geläutertes Deutschland zu präsentieren.

Am 27. Januar nahmen deutsche Staatsgäste an den Feierlichkeiten zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in Polen teil; in Dresden wurde am 13. Februar ganz zivilgesellschaftlich an die Bombardierung der Stadt erinnert, während gleichzeitig 5000 Nazis durch die Stadt zogen und den „Bombenholocaust“ durch die Alliierten beklagten; in Sachsenhausen fand am 17. April die zentrale deutsche Veranstaltung zur Befreiung der Konzentrationslager statt; am 10. Mai wurde das Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas eingeweiht; der 8. Mai wurde erstmals und wohl auch zum letzten Mal mit einem offiziellen Staatsakt in Weimar

begangen, bei einer Feierstunde im Bundestag konnten sich alle Beteiligten zusätzlich auch noch auf die Schulter klopfen, dass ein geplanter Aufmarsch von Neonazis an diesem Tag nicht stattfinden konnte.

Wenn wir am 9. November an die Reichspogromnacht von 1938 erinnern, ist das „Super – Gedenkjahr 2005“ offiziell schon fast zu den Akten gelegt. Es war geprägt von Staatsakten, großen Gesten und der andauernden Selbstvergewisserung, ja wir haben aus unserer Geschichte gelernt, ja wir stellen uns unserer Vergangenheit und genau deshalb können wir jetzt auch stolz sein auf unser Land. Die „erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung“ dient als Ausgangspunkt für neues, nationales Selbstbewusstsein.

Erfolgreich bewältigt wurden dabei in den letzten Jahren auch die direkten materiellen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus, wie zum Beispiel das Asylrecht. Ausschlaggebend für dessen Etablierung war das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland. Nicht wenige von ihnen fielen nur deshalb ihren Verfolgern doch noch in die Hände, weil es ihnen unmöglich war, rechtzeitig zu emigrieren. Die meisten Länder reagierten auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus Deutschland mit immer restriktiveren Bedingungen für deren Einreise. Sie setzten enge Kontingente fest, zwangen Schiffe zur Umkehr oder verlangten hohe finanzielle Sicherheiten, aus denen von Deutschland materiell ausgeplünderten Jüdinnen und Juden längst nicht mehr aufgebracht werden konnten. Als Konsequenz aus diesem Versagen der Welt schrieben die alliierten Siegermächte das uneingeschränkte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte im Grundgesetz der neuen Bundesrepublik fest. Eine Konsequenz, die das wiedervereinigte Deutschland schnell über Bord geworfen hat. Im Verbund mit den übrigen europäischen Staaten wird daran gearbeitet, die Grenzen zur Festung Europa endgültig dicht zu machen. Die Lehre aus dem Nationalsozialismus war es, dass die Aufnahme Verfolgter deren Leben retten kann.

Inzwischen werden die zahlreichen Toten, die die europäische Politik der Abschottung Jahr für Jahr fordert, wieder in Kauf genommen.

Neues, nationales Selbstbewusstsein ergibt sich vor allem auch aus der deutschen Wiedervereinigung. Die DDR war der Teil von Deutschland, in den zahlreiche Überlebende des Nationalsozialismus die Hoffnung setzten, ein neues, anderes Deutschland könnte entstehen. Diese Hoffnung wurde enttäuscht; aber die DDR, gebrandmarkt als „zweite Diktatur auf deutschem Boden“, und mit ihr die Mauer, waren Stachel im Fleisch des Nationalstolzes. Beides war eine stetige Erinnerung daran, dass Deutschland eben kein normales, gleichberechtigtes europäisches Land sein konnte. Diese Tatsache wurde inzwischen erfolgreich überwunden. Seitdem feiert sich die selbstbewusste Nation regelmäßig am 3. Oktober selbst. In diesem Jahr mit der Imagekampagne „Du bist Deutschland“, bei der vor allem junge Menschen dazu aufgefordert werden sollen, sich selbstbewusst und positiv auf Deutschland zu beziehen. (...) „Mag sein, du stehst mit dem Rücken zur Wand oder dem Gesicht vor einer Mauer. Doch einmal haben wir schon gemeinsam eine Mauer niedigerissen. (...) Geh runter von der Bremse. Es gibt keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Deutschlandbahn.“ (...) Selbstbewusst vorwärts schauen soll die Jugend in Deutschland und bloß nicht nach hinten umdrehen, so „betreten wir neues deutsches Land“.

Erinnern um zu Vergessen

Dieses neue Selbstbewusstsein macht es auch möglich, die Erinnerung an Opfer und Täter des Zweiten Weltkrieges immer mehr zu parallelisieren. Das stolz vorgetragene, „wir haben aus unserer Geschichte gelernt“ impliziert auch ein aufatmendes „jetzt dürfen wir auch wieder an unsere ‘eigenen‘

Opfer erinnern“. Die „eigenen“, das sind Bombenopfer, sogenannte Vertriebene oder auch deutsche Soldaten und Kriegsgefangene, nicht aber Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, WiderstandskämpferInnen oder Deserteure.

Kurt Goldstein, Widerstandskämpfer und Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz blieb der offiziellen Feier dort mit der Begründung fern: „Ich hatte keine Lust, in eisiger Kälte an der Rampe zu stehen und mir von den Rednern, unter anderen den deutschen, anzuhören, wie gut sie doch alle mit der Vergangenheit umgehen. Ich finde das zum Kotzen.“

Deutschland verschweigt seine Vergangenheit nicht mehr, sondern Deutschland redet jetzt. Nur diejenigen, um die es eigentlich gehen sollte 60 Jahre nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus, nämlich dessen Opfer und Überlebenden werden dabei übertönt. Zu allen offiziellen Veranstaltungen gab es durchaus das Bemühen noch einmal so viele Überlebende wie möglich einzuladen. Manche kehrten zum ersten Mal nach 1945 an den Ort ihrer Leiden zurück, für andere wird es das letzte Mal gewesen sein.

Nicht Reden, sondern Zuhören wäre das Gebot der Stunde gewesen. Doch dies hätte einen Wechsel der Perspektive bedurft. Die Überlebenden stehen in Auschwitz, in Sachsenhausen, in Weimar oder auch in Berlin an den Orten ihrer Leiden und dem ihrer ermordeten WeggefährtInnen. Politikerinnen und Politiker sehen sich eher an einem Beispiel für vorbildliche Geschichtsbewältigung.

Der 60. Jahrestag markiert eine Zäsur in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Zum 70. Jahrestag werden die Stimmen der

Überlebenden weitgehend verstummt sein. Ihr Widerspruch gegen Antisemitismus und Rassismus, gegen die Umdeutung der Geschichte, gegen Gleichsetzungen und Relativierungen wird fehlen, das Gewicht ihrer Stimme werden wir nicht mehr in Anspruch nehmen können. Ohne ihren Einspruch wird es noch leichter sein, die Vergangenheit entsprechend den eigenen Interessen frei zu interpretieren.

Die Überlebenden des Holocaust sind als Zeitzeugen nicht zu ersetzen und niemand sollte dies versuchen. Aber ihrer Sichtweise, ihren Berichten und Erfahrungen auch weiterhin Gehör zu verschaffen, sollte eine Aufgabe einer antifaschistischen Linken in diesem Land sein.



Deportationsmahnmal an der Putzitzbrücke

Zeitzeugen

Wir drucken hier im Folgenden vier Berichte von Überlebenden ab, die stellvertretend für viele andere stehen und die die unterschiedlichen Erfahrungen und Biographien während des Nationalsozialismus dokumentieren.

Es war immer ein Anliegen unserer Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938, die Überlebenden des Nationalsozialismus möglichst selbst zu Wort kommen zu lassen. Wir haben sie immer zu unserer Kundgebung eingeladen, dort zu reden, zu mahnen, mit uns zu demonstrieren. Dass sie unserer Bitte nachgekommen sind, hat uns gefreut und berührt. Ihre Botschaft an die DemonstrantInnen und die Öffentlichkeit war und ist: Wir leben und wir kämpfen noch! Wir müssen noch immer kämpfen, weil die Grundlagen des

deutschen Faschismus, aber auch des weltweiten Antisemitismus und Rassismus eben nicht beseitigt sind. Sie nahmen unsere Einladung an, weil sie wussten, dass wir linke AntifaschistInnen sind und manchmal auch, obwohl sie es wussten. Sie nehmen unsere Einladung an, weil es ihnen wichtig ist, zu uns Jüngeren zu sprechen.

Wir möchten uns an dieser Stelle dafür bedanken. Für die Bereitschaft, zu uns über ihre oft schmerzlichen Erfahrungen zu sprechen, für ihr Vertrauen und für den Apell an uns, weiter zu machen.

Antifaschistische Initiative Moabit, November 2005

Gerhard Zadek

Der erste Text stammt von Gerhard Zadek. Er hat diese Rede 1999 auf unserer Gedenkveranstaltung zum 9. November gehalten. Gerhard Zadek war Mitglied der jüdischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum. Er hat sich immer dafür eingesetzt, dass diese in den ersten Nachkriegsjahrzehnten weitgehend vergessene und verschwiegene Gruppe einer größeren Öffentlichkeit bekannt wird und ihre Mitglieder die Anerkennung erhalten, die ihnen zusteht. Zuletzt hat er angeregt, die jüdische Oberschule in der Großen Hamburger Straße nach Herbert Baum zu benennen. Gerhard Zadek ist am 5. Oktober 2005 im Alter von 85 Jahren in Berlin gestorben.

Die Pogromnacht am 9. November 1938 erlebte ich als jüdischer Arbeiterjunge unmittelbar am Alexanderplatz. Wir wohnten dort in der Kaiserstraße, etwa 50 Meter von dem gefürchteten Polizeipräsidium Berlins entfernt. Nicht weit entfernt war auch die Niederlassung der städtischen Feuerwehr.

Der 9. November war auch meines Vaters 50. Geburtstag und ich war gerade 20 Jahre alt geworden. Vater war damals schon als Jude Zwangsarbeiter bei der Reichsbahn und dachte wenig ans Feiern, denn die Arbeit war schwer. Zwischen Polizeipräsidium und Feuerwehr lag gegenüber unseres Wohnhauses eine große, alte Synagoge. Eine von 60 jüdischen Gebetshäusern, die um den Berliner Alexanderplatz als Andachtsstätten des jüdischen Glaubens dienten.

Um Mitternacht war es dann soweit. Aus der Kneipe in unserem Haus, einem SA-Lokal, stürmten die „Braunen“ mit Fackeln in der Hand auf die jüdische Schule und die dahinter befindliche Synagoge und setzten sie in Brand. Wir erlebten das alles als Zeitzeugen von unserem Balkon im fünften Stockwerk des Hauses aus. Weder die Polizei, noch die Feuerwehr verhinderten diese Ausschreitung. Erst als die benachbarten Häuser ebenfalls zu brennen drohten, griff zaghaft die Feuerwehr ein.

Als man begann einige jüdische Männer aus den Wohnungen unseres Hauses zu verhaften und, wie wir später erfuhren, ins KZ Oranienburg zu verschleppen, flüchteten Vater

und ich über die Hintertreppe unbenutzt durch einen Seiteneingang in die Kurze Straße am Alex. Mein Vater entkam der Verhaftung nur, weil er eineinhalb Tage lang im S-Bahn Kreisverkehr untertauchte. Ich sprang aufs Fahrrad und fuhr über den Alexanderplatz die Schönhauser Allee entlang bis nach Pankow, über Berge von Glassplittern zertrümmerter jüdischer Geschäfte. Meine Kollegen gaben mir, dem jüdischen Arbeiterjungen nächtelang Quartier, und so überlebte ich die Pogromnacht.

Tage zuvor hatten wir Freunde der Herbert-Baum-Gruppe in der Fabrik, in der ich erst als Lehrling, nun als Facharbeiter tätig war, die Arbeiter gewarnt: „Tausend Mark Anzahlung für den Volkswagen sind tausend Mark Anzahlung für Hitlers Krieg“. Und wie Recht sollten wir behalten.

Ich bin der einzige Überlebende meiner jüdischen Familie.

In kalten Novembertagen 1942 wurden meine Eltern durch die Straßen von Berlin geschleppt, und man muss sagen, ohne große Anteilnahme der Bevölkerung. Sie gingen sicherlich wie viele zur Rampe in Berlin - Grunewald, um von dort über Theresienstadt in den Osten verschleppt zu werden und nie wieder zurück zu kehren.

Zur Erinnerung an meine dreizehn Familienangehörigen, deren Grab ich nicht kenne, habe ich veranlasst, dass auf dem jüdischen Friedhof in Berlin - Weißensee ein Gedenkstein gesetzt wurde. Ein Gedenkstein un-

weit des Mahnmals für die achtundzwanzig jungen Juden der Herbert-Baum-Gruppe, die 1942 versuchten die antiallierte und antisowjetische, von Goebbels inszenierte Propagandausstellung „das Sowjetparadies“ in Brand zu setzen. Eine Ausstellung, die sich inmitten der faschistischen Reichshauptstadt im Lustgarten befand und zu einem Zeitpunkt zu dem die Nazivehrmacht, unter furchtbaren Verlusten bis zur Wolga vorgedrungen war. Um Menschenleben zu schonen erfolgte der Anschlag zu einer Tageszeit, zu der sich kaum Besucher in der Ausstellung befanden.

Keiner der achtundzwanzig, durch den Strang hingerichteten jungen Menschen im Alter von 18 – 30 Jahren widerrief oder bereute die Tat.

Mein Leben verdanke ich der abenteuerlichen Flucht nach England, nach einem Gestapo-Vorhör unmittelbar vor dem Überfall der Hitlerwehrmacht auf Polen 1939. Die Flucht gelang nur durch Zusammenwirken von jüdischen Hilfsorganisationen, Kommunisten und christlichen Bürgern über Ländergrenzen hinweg. Und so fuhr ich buchstäblich mit dem letzten Zug der die deutsche Grenze passierte nach England. Diese Geschichte kann jeder von Euch in meinem gleichnamigen Buch nachlesen.

Mit Entsetzen muss ich hier heute am 9. November feststellen, dass unweit des Mahnmals von Herbert Baum und meiner Eltern auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee erst kürzlich 103 Gräber geschändet

wurden. Mich beruhigen eilig verfasste politische Erklärungen der staatlichen Obrigkeit gegen die Auswüchse von Antisemitismus und Rechtsradikalismus überhaupt nicht. Und schon gar nicht Erklärungen, dass es sich um eine kleine Gruppe von Einzeltätern handle. Dahinter versteckt sich bereits eine schlagkräftige Szene, die in wohl organisierter Form solche Straftaten mit einem hohen Maß an „know how“ durchführt.

Heute ist die Frage angemessener denn je: Wer sind die wirklichen Urheber, Drahtzieher und Nutznießer? In der NS-Zeit diente der Judenhass und Antisemitismus der unmittelbaren Vorbereitung der verbrecherischen Weltzerberberung. Das jüdische Eigentum vermehrte den Reichtum privater Vermögen und nationaler Banken und diente damit der Finanzierung der Rüstung.

Kürzlich sagte Kanzler Schröder: „Wir sind es den Toten aber auch uns selbst, unseren Kindern, unseren Enkeln schuldig, dass wir im Kampf gegen Hass und Menschenverachtung gewinnen.“ Wenn Herbert Baum noch leben würde, was würde er heute zu der Erklärung Schröders sagen? Vielleicht würde er sagen: „Herr Schröder, diese Deklaration reicht nicht aus. Findet endlich die Grabschänder. Legt allen Profiteuren und Provokateuren neuer Kriege das Handwerk. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“

Das zu sagen ist heute, am 9. November, auch dem Tag der Maueröffnung, aktueller denn je.

Ilse Langguth

Dieser Text stammt von Ilse Langguth. Sie erlebte den 9. November 1938 in einem jüdischen Ausbildungslager für Landwirtschaft. 1939 emigrierte Ilse Langguth und schloss sich den Kreisen der politischen Emigranten in Glasgow an. Auch nach dem Krieg engagierte sie sich politisch in der Internationalen demokratischen Frauenförderung, einer Organisation für den Frieden.

Um meine Erlebnisse am 9. November 1938 schildern zu können, muss ich von den Anfängen erzählen.

Ich komme aus einer jüdischen Familie in einer oberschlesischen Kleinstadt. Mein Vater war aus dem 1. Weltkrieg mit einem „Eisernen Kreuz“ zurückgekommen, auf dieser Urkunde stand: „Der Dank des Vaterlandes ist Ihnen gewiss“. Er war ein überzeugter Deutscher und meines Wissens nach auch in den Nachkriegsjahren noch Kasernenausbilder in der Reserve. Er war im Schützenverein und hisste zu besonderen Anlässen sogar die Preußenfahne: schwarz-weiß. Ich habe noch heute vor Augen, wie er – die Zeitung auf dem Tisch, in der stand, dass Juden keine Deutschen mehr sein dürfen – mit beiden Fäusten auf den Tisch schlug und überhaupt nicht begreifen konnte, was geschehen war. Man konnte ihn auch nie dazu bewegen, das Land zu verlassen – „schlimmer kann es nicht mehr kommen“, hieß es immer. Wir hatten ein kleines Lebensmittelgeschäft und waren im Städtchen gut bekannt. Die Einwohner, besonders die Landarbeiter, kauften gern bei uns, und mein 9 Jahre älterer Bruder und ich hatten viele Freunde unter der einheimischen Bevölkerung. Ich erinnere mich noch gut daran, wie weh es tat, als meine beste Freundin, ein blondes Mädchen, mich nicht mehr besuchen durfte. Mein Bruder war Apotheker geworden, er verließ Deutschland bereits 1936 und ging zunächst nach Paraguay. Ich besuchte das städtische Gymnasium und wurde dort 1934 als „untragbar“ rausgeworfen. Das letzte (8.) Schuljahr absolvierte ich in der Volksschule, wo mein Lehrer, ein alter Bekannter viel Rücksicht auf mich nahm. Mit uns lebte mein Großvater, der Vater meiner Mutter. Ich kann an dieser Stelle schon

sagen, dass meine Eltern, der Großvater und zwei verwandte Familien ermordet wurden und ich bis heute nicht weiß, was mit ihnen geschehen ist.

Ich erinnere mich noch gut daran, wie – als ich am 1. April 1933 aus der Schule kam – 2 SA Leute vor unserem Laden standen mit einem Schild: „Kauft nicht beim Juden“. Damals kamen die Landarbeiter noch demonstrativ zu uns, nur um ihre Solidarität zu beweisen. Später kümmerte ich mich nachmittags um kleinerer jüdischer Kinder, die nicht mehr in die Schulde gehen durften.

Es muss gegen 1936 gewesen sein, als in vielen Gegenden Auswandererlehrgüter für jüdische Kinder gegründet wurden die dort die Landwirtschaft erlernten, um später von England oder den USA angefordert und herausgeholt wurden, wobei eine Summe hinterlegt werden musste, ein „Affidavit“: Ich ging in ein solches in der Nähe von Breslau: Groß-Breezen. Es war vormals ein kleines altes Schloss oder Gutsherrenhaus, wo wir untergebracht waren und dort lernten und ein jüdisches Leben führen konnten. Dort erlernte ich die verschiedenen Gebiete der Landwirtschaft und auch kochen, da wir den ganzen Betrieb selber aufrechterhielten. Der Leiter war ein damals bekannter Professor Dr. Bondie.

Hier erlebte ich den 9. November 1938. Morgens kamen mehrere Lastwagen mit SA Leuten und besetzten unser Haus. Wir mussten alle ins Freie, Mädchen und Jungen getrennt, während die SA im Haus wütete. Unsere religiösen Kultgegenstände, Thora-Rollen, Gebetsbücher, Gebetschals, Leuchter und anderer Utensilien wurden auf den Misthaufen geworfen. Wir wurden beschimpft und bedroht und durften

nicht eingreifen. Am Nachmittag wurden dann alle männlichen Personen über 14 Jahren zusammengetrieben und in Lastwagen verladen. Sie wurden mitgenommen, als die SA abfuhr und wir Mädchen blieben zurück und mussten versuchen, unser Heim wieder in Ordnung zu bringen. Wie wir später hörten, brannten zur gleichen Zeit überall Synagogen, wurden jüdische Geschäfte zerstört und geplündert, viele Menschen aus ihren Heimen getrieben und verhaftet, zum Teil auch ermordet. Interessant ist, dass zu dieser Zeit – zumindest auf dem Lande – die SA Leute aus anderen Gegenden geholt werden mussten, weil die Einheimischen offenbar nicht bereit waren, Menschen zu überfallen, die sie kannten.

Ich blieb in diesem Lehrgut bis 1939, wo mich Anfang Mai eine englische Farmerin anforderte und ich zu ihr nach England fuhr. Dort begann mein neues Leben als Emigrant. Meine Eltern und Verwandten blieben, wie ich schon sagte, im Land und es gelang mir auch in England nicht, in der Kürze der Zeit das notwendige Geld zusammenzubringen, um sie rauszuholen.

Ich hörte von ihnen durch Rote – Kreuz – Briefe, in denen man 10 Worte schreiben durfte, bis 1942. Dann teilten sie mir mit, dass sie morgen „auf große Reise“ gingen und danach habe ich von meinen Eltern nichts mehr in Erfahrung bringen können. Mein Großvater lebte noch dort weitere 4 Wochen, dann wurde auch er, damals schon 80jährig, weggebracht. Ich habe vergessen zu erwähnen, dass meine Familie im sehr kalten Winter 1941-42 aus ihrem Haus auf dem jüdischen Friedhof angesiedelt wurde, wo sie „Gemüse anbauen“, wie sie in einem Brief schrieben.

Als am 29. Oktober 2004 im Berliner Roten Rathaus 50 so genannte Stolpersteine offiziell eingeweiht wurden, waren zwei von ihnen bereits verschwunden. Die beiden am Tag nach ihrer Verlegung in der Württembergischen Straße in Berlin – Wilmersdorf ausgegraben und entwendeten Steine trugen die Geburts- und Todesdaten des in Auschwitz

ermordeten Ehepaars Else und Alfred Werthahn. Über 4000 Stolpersteine verweisen inzwischen bundesweit auf den Gehwegen vor Wohnhäusern auf ehemalige jüdische BewohnerInnen, die während des Nationalsozialismus ermordet wurden.

In der Nacht zum 21. November beschmierten Unbekannte das

Deportationsmahnmal auf der Putzitzbrücke in Berlin – Moabit. Eine Polizeistreife entdeckte gegen 0.30 Uhr eine „unpolitische Buchstabenkombination“ in Farbe.

In Berlin hat die Zahl antisemitischer Straftaten im Jahr 2004 deutlich zugenommen. Am 2. Dezember berichtete der Berliner Kurier, Innensenator Körting habe von

Januar bis September 130 antisemitische Delikte gezählt. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren es 96. Es handele sich überwiegend um anonyme, beleidigende Schreiben an die israelische Botschaft, den Zentralrat der Juden und die Jüdische Gemeinde. Fünf Gewalttaten gegen Juden wurden registriert.

Unbekannte beschädigten in der Nacht zum 28. November in Bocholt (Nordrhein-Westfalen) mehrere Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof. Sie schmierten nationalsozialistische Schriftzüge und Symbole auf die Steine, die sich auf einem umzäunten und abgesperrten Gelände befinden.

Gerhard Leo

Jede Rückkehr zur Barbarei verhindern!

Gerhard Leo, Ritter der Ehrenlegion der Französischen Republik, wurde 1923 in Berlin geboren. Ihm und seinen Eltern gelang die Flucht vor den Nazis nach Frankreich. Nach dem Überfall Nazi – Deutschlands auf Frankreich 1942 schloss er sich der Résistance an und kämpfte in deren Reihen gegen die Besatzungsmacht und für die Befreiung Frankreichs. In seinem Buch „Frühzug nach Toulouse“ hat er diese Geschichte niedergeschrieben. Gerhard Leo engagiert sich heute unter anderem in der Initiative gegen Abschiebehaft.

Jeder, der die Nazizeit erlebt hat, ist früher oder später mit der Unmenschlichkeit des Hitlerregimes konfrontiert worden. Für mich begann das sehr früh. Ich war in der Nacht zum 28. Februar 1933 neun Jahre alt, als eine bewaffnete Bande von SS – Schlägern das Haus meiner Eltern in der Umgebung Berlins stürmte. Mein Vater, niedergeschlagen, mit blutendem Gesicht, wurde zum LKW des SA – Sturms gezerrt und weg transportiert, mit unbekanntem Ziel. Ich habe das alles gesehen und es hat sich mir unauslöschlich eingeprägt. Wochenlang wussten wir nicht, wo der Vater war. Dann erfuhren wir, dass er zu den ersten Häftlingen des Konzentrationslagers Oranienburg gehörte. Mein Vater, ein angesehen-er Rechtsanwalt, aus einer jüdischen Familie stammend, hatte Ende der Zwanziger Jahre einen Prozess gegen den Naziführer Goebbels geführt und gewonnen. Goebbels war der Lüge überführt worden. Das konnte der Propagandachef nicht vergessen. Die SA, die meinen Vater verhaftet und schwer misshandelt hatte, unterstand ihm als Gauleiter in der ganzen Berliner Region. Und die Schläger und Mörder, die in den Tagen und Wochen nach dem von ihnen inszenierten Reichstagsbrand Tausende Berliner Antifaschisten in ihren Folterkellern festhielten und viele von ihnen töteten, waren durch einen Erlass Görings zur offiziellen Polizei mit unbeschränkter Vollmacht ernannt worden.

Das, was ich am 28. Februar 1933 entsetzt gesehen hatte, das war das wahre Gesicht des Nationalsozialismus. So und noch viel schlimmer haben sie sich aufgeführt in Deutschland und überall in Europa, wo sie ihre Stiefel hinsetzen konnten.

Nach Vaters provisorischer Entlassung aus dem KZ, schwer gezeichnet durch die Misshandlungen, gelang uns die Flucht nach Frankreich, obwohl den Eltern die Reisepässe beschlagnahmt worden waren. Und

als einige Jahre später die Nazi – Wehrmacht Frankreich besetzte, war es für mich klar, dass ich mich der Résistance, dem Widerstand gegen die Besatzungsmacht anschließen würde. Die Befreiung Frankreichs im Herbst 1944 feierte ich zusammen mit meinen französischen Kameraden als Offizier der Streitkräfte des Innern (FFI) in der Corrèze, nahe des Ortes Oradour-sur-Glane, wo die SS – Division „Das Reich“ die gesamte Bevölkerung, 642 Kinder, Frauen und Männer, am 10. Juni 1944 ermordet hatte.

Ich bin schon im Spätsommer 1945 nach Deutschland zurückgekehrt mit dem festen Willen, alles zu tun, damit nie wieder Krieg, Unterdrückung und Massenmord von unserem Land ausgehen kann. Dafür einzutreten war nicht leicht und bei weitem nicht immer erfolgreich. SS – General Lammerding, der Mörder von Oradour zum Beispiel, in Frankreich in Abwesenheit zum Tode verurteilt, war ein reicher Bauunternehmer in Düsseldorf geworden. Er wurde von deutschen Behörden gegen jedes gerichtliche Verfahren geschützt, wie viele andere Kriegsverbrecher auch. Keiner der Tausenden Blutrichter der Nazis, die so viele Widerstandskämpfer in den Tod geschickt hatten, ist in der BRD jemals zur Verantwortung gezogen worden. Von ihnen lebt wohl heute keiner mehr, aber die Juristen, die sie als Hochschullehrer oder als hohe Beamte formiert hatten, sind noch da. Wie soll man sonst die zahllosen Urteile erklären, die Nazi – Aufmärsche trotz Polizeiverbots erlauben, die den Slogan „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ für rechtmäßig erklären. Es gibt Fraktionen der Neonazi – Parteien in zwei Landtagen. Wie man sieht sind noch sechs Jahrzehnte nach Kriegsende in den Köpfen – nicht nur der Skinheads – Reste der mörderischen Nazi – Ideologie vorhanden, die zu den Verbrechen gegen die Menschheit geführt haben, an die auch in der Moabiter Kundgebung am 9. November erinnert wird.

Ich möchte noch eine Sache erwähnen, die mir besonders am Herzen liegt. Eine der wichtigsten Lehren aus der Nazizeit ist: Man darf nicht dulden, dass ein Teil der Bevölkerung wegen seiner ethnischen Herkunft, seiner Religion oder Überzeugung unter Sondergesetz gestellt und so der maßlosen Verfolgung der Behörden preisgegeben wird. Gerade das geschieht aber mit den Zehntausenden Asylbewerbern in Deutschland. Das Grundgesetz ist 1993 mit Zweidrittelmehrheit der Bundestagsabgeordneten geändert worden, damit zum Beispiel Ausländer, die ohne Einreisevisum oder Aufenthaltsgenehmigung aufgegriffen werden, bis zu 18 Monaten ins Gefängnis geworfen werden können, bis man ihre gewaltsame Abschiebung durchführen kann. Dieses schreiende Unrecht steht im Widerspruch zu allen Lehren aus der Vergangenheit und es muss beseitigt werden, nicht nur im Interesse der Ausländer, auch in unserem eigenen Interesse.

Wir ehemalige Widerstandskämpfer gegen das Hitlerregime sind die natürlichen Gegner aller Verletzungen der Menschenrechte. In wenigen Jahren wird keiner von uns mehr am Leben sein. Wenn aber dann auch die zahlreichen jungen Menschen in der Antifaschistischen Initiative Moabit ihre Stimme erheben für die Menschenrechte, für den Frieden, gegen die Anwesenheit deutscher Soldaten im Kosovo oder in Afghanistan, gegen Neonazismus und Diskriminierung der Ausländer, dann war unser Streben nicht umsonst.

und blauer Farbe beschmiert. Es seien SS-Runen, Hakenkreuze und volksverhetzende Parolen gefunden worden, teilte die Dortmunder Polizei mit. Auf einem asphaltierten Weg, der zur Gedenkstätte führt, seien weitere Schmierereien entdeckt worden.

für ihren eigenen Vorteil aus, 70 Prozent ärgern sich, wenn „Juden den Deutschen die NS-Verbrechen vorhielten.“

Am 8. Januar 2005 wurde eine jüdische Gedenkstätte auf dem Fränkischen Friedhof in Dortmund-Wickede (Nordrhein-Westfalen) beschädigt. Vier Findlinge und alle Grabsteine wurden mit silberner

Am 10. Januar beschmierten ein 14 Jahre alter Junge und eine 13-

Inge Lammel

Inge Lammel wurde am 8. Mai 1924 in Berlin geboren. Den 9. November 1938 erlebte sie außerhalb von Berlin, während eines Aufenthalts im Erholungsheim des Jüdischen Frauenbundes. Inge Lammel gelang die Flucht vor den Nazis nach England und sie studierte Musikwissenschaften. Heute betreibt sie Forschungsarbeit zur Geschichte jüdischen Lebens in Pankow, veröffentlicht Bücher zu diesem Thema und organisiert Ausstellungen und Rundgänge.

Meine persönlichen Erinnerungen an den 9. November 1938

Der 9. November 1938 war ein großer Einschnitt im Leben jüdischer Bürger. Wurden sie zuvor, seit dem Machtantritt der Nazis 1933 in zunehmendem Maße entrechtet, diskriminiert, entwürdigt und verfolgt, so folgte nun eine Etappe der Vertreibung aus Deutschland, bevor für sie ab Oktober 1941 die Phase der Vernichtung begann.

Meine Familie hat diese Grausamkeiten auch durchleben müssen – bis hin zur Deportation nach Theresienstadt und Auschwitz. Begonnen hatte alles mit Berufsverboten für jüdische Behördenangestellte, für Lehrer, Juristen und Ärzte in städtischen und kommunalen Einrichtungen, für die das „Gesetz zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 in Anwendung kam. Eine niederträchtige Verordnung folgte der anderen. So kam es auch dazu, dass an deutschen Schulen die Apartheid, die Rassentrennung eingeführt wurde; es konnte ja deutschen Schülern nicht zugemutet werden, mit jüdischen Kindern auf derselben Schulbank zu sitzen! Ich musste 1938, mit 14 Jahren das städtische Lyzeum verlassen. Inzwischen hatte auch mein Vater seine Arbeit als Bankbeamter bei der Dresdner Bank verloren.

Da auch eine normale Berufsausbildung mit Lehrabschluss für jüdische Jugendliche nicht mehr zugelassen war, schickten mich meine Eltern auf einen Hauswirtschaftslehrgang in einem Erholungsheim des Jüdischen Frauenbundes in Lehnitz, nahe

Oranienburg. Der Lehrgang begann im Frühjahr 1938 und war für ein Jahr vorgesehen.

Doch dazu kam es nicht. In der Nacht des 9. November wurden wir aus dem Schlaf gerissen und von der Heimleitung aufgefordert, sofort, heimlich und leise aus dem Heim zu flüchten. Es war zu befürchten, dass die Nazis das Haus überfallen. Unter Zurücklassung all unserer Sachen wurden wir auf einem Lastwagen zum Bahnhof Lehnitz gebracht, wo wir zunächst von Polizisten gründlich durchsucht wurden, bevor wir mit der S-Bahn nach Berlin fahren konnten.

Zuhause, in unserer Wohnung in der Schöneberger Rosenheimstraße 26 angekommen, erwartete mich ein weiterer Schock: Mutter teilte mir mit, dass Vater soeben von der Gestapo abgeholt und, wie sich heraus stellte, ins KZ Sachsenhausen verbracht worden war.

Kurz vor Weihnachten entließ man ihn mit der Warnung, wenn er nicht schnellstens aus Deutschland verschwindet, könnte er wieder im KZ landen.

Verständlicherweise sorgten sich die Eltern zuerst darum, auf welchem Wege meine ältere Schwester und ich schnellstens Deutschland verlassen konnten, um möglichen weiteren Verhaftungen in der Familie zu entgehen. Nach intensiven Bemühungen bot sich uns Beiden die Chance, mit einem Kindertransport der Jüdischen Gemeinde im Juli bzw. im August 1939 nach England auszureisen.

Unsere Eltern hatten danach weder die finanziellen Mittel noch irgend

eine Möglichkeit, dem faschistischen Terror zu entkommen. Beide wurden direkt von ihren Zwangsarbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie hinweg – Vater arbeitete im ACETA-Werk der IG-Farben in Lichtenberg und Mutter bei der Firma Teves in Reinickendorf – während der sog. Fabrik Aktion am 27./28. Februar 1943 von der Gestapo verhaftet, in Sammellager und kurz darauf zur Verladerrampe im Bahnhof Grunewald, Gleis 17 gebracht. Von hier aus wurden die Mutter nach Auschwitz und der Vater zunächst nach Theresienstadt, noch im Oktober 1944 von dort ebenfalls nach Auschwitz in den Tod geschickt.

Vor diesem bitteren Erlebnishintergrund betrachte ich es als meine Aufgabe, jungen Menschen meine Erfahrungen zu vermitteln, sie zu sensibilisieren für humanistische und antifaschistische Werte und sie gegen demagogische und aufhetzende Parolen neuer Nazis zu immunisieren.

Jedes Jahr um den 9. November herum unternehme ich Rundgänge zu ehemaligen jüdischen Stätten in Pankow – in diesem Jahr am Sonnabend, dem 12. November, Treffpunkt: 10 Uhr vor dem ehem. Jüdischen Waisenhaus, Berliner Str. 120/121 am Bahnhof Pankow.

deutsches Jahr In der Nacht zum 7. Dezember übersprühten Unbekannte mehrere Straßenschilder der Jüdenstraße in Berlin – Spandau. Das in der Straße gelegene Büro der PDS wurde mit der antisemitischen Parole „Die Juden sind unser Unglück“ besprüht.

Am Abend des 27. Dezember entdeckte ein Hausmeister auf dem Hinweisschild für das ehemalige jüdische Waisenhaus in Berlin – Pankow den Schriftzug „Fünf-jähriger Hass“. Das denkmalgeschützte Gebäude beherbergt heute unter anderem eine Begegnungsstätte für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion.

Untersuchungen des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung im vergangenen Jahr ergaben, dass bei etwa 15 bis 20 Prozent der Deutschen antisemitische Einstellungen vorhanden seien. Diese Zahl sei seit zehn Jahren ungefähr konstant. Etwa die Hälfte der Deutschen stimmt demnach der Aussage zu, die Juden nutzten die Erinnerung an den Holocaust heute

für ihren eigenen Vorteil aus, 70 Prozent ärgern sich, wenn „Juden den Deutschen die NS-Verbrechen vorhielten.“

Am 8. Januar 2005 wurde eine jüdische Gedenkstätte auf dem Fränkischen Friedhof in Dortmund-Wickede (Nordrhein-Westfalen) beschädigt. Vier Findlinge und alle Grabsteine wurden mit silberner

und blauer Farbe beschmiert. Es seien SS-Runen, Hakenkreuze und volksverhetzende Parolen gefunden worden, teilte die Dortmunder Polizei mit. Auf einem asphaltierten Weg, der zur Gedenkstätte führt, seien weitere Schmierereien entdeckt worden.

Am 10. Januar beschmierten ein 14 Jahre alter Junge und eine 13-

jährige mehr als ein Dutzend Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Kehl (Baden-Württemberg). Sie malten mit Kerzen unter anderem „Hitler lebt“ auf die Grabsteine.

In Detmold (Nordrhein-Westfalen) beschädigten unbekannte Täter eine jüdische Gedenkstätte. Das berichtet die Lippische

Landeszeitung am 12. Januar. An zwei der vier Säulen wurden die Symboltafeln gewaltsam entfernt und anschließend entwendet.

Mitte Januar beschmierten Unbekannte auf dem Gelände des ehemaligen Außenlagers des KZ Sachsenhausen in Falkensee einen Gedenkstein. Unter anderem sprühten sie das Wort „Jude“ auf den

Gedenkstein.

In der Nacht zum 24. Januar hat ein unbekannter Täter das Mahnmal in der Levetzowstraße in Berlin – Moabit mit einem Hakenkreuz beschmiert. Erst am Tag zuvor war das Denkmal für die ehemalige Synagoge beschmiert worden.

Am 17. Februar wurde Claus

Cremer, der stellvertretende Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen NPD, wegen Volksverhetzung vom Bochumer Landgericht zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt. Er hatte im Sommer 2004 auf einer Demonstration von Rechtsextremen gegen den geplanten Bau einer Synagoge in Bochum Juden pauschal bezichtigt, Kindesmissbrauch zu billigen.

In der Nacht vom 26. auf den 27. Februar warfen Unbekannte in Mellrichstadt (Bayern) an einem Denkmal, das an die im Nationalsozialismus deportierten jüdischen Einwohner der Stadt erinnert, eine Säule um.

In der Nacht zum 19. März beschmierten unbekannte Täter ein aus mehreren Metallplatten

Das November-Pogrom 1938

Am 7. November 1938 verübte der staatenlose 17jährige Jude Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris ein tödliches Attentat auf den Legationsrat Ernst vom Rath. Seine Eltern waren kurz zuvor aus Deutschland zusammen mit 17 000 polnischen und staatenlosen Juden nach Polen deportiert worden und wurden dort seitdem unter menschenunwürdigen Bedingungen im Grenzgebiet festgehalten.

Die Deportationsaktion war der vorläufige Höhepunkt der Entrechtung, Beraubung und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Es begann mit dem Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933. Es folgte eine Woche später das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", womit Juden und Jüdinnen aus dem Staatsdienst ausgeschlossen wurden. Zahlreiche Sondergesetze sorgten dafür, dass jüdische Ärzte nicht mehr praktizieren, jüdische Künstler nicht mehr auftreten durften und Juden und Jüdinnen ihre Arbeitsplätze verloren. 1935 machte das neue Reichsbürgergesetz sie zu Staatsbürger 2. Klasse. Das

"Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" verbot die Heirat und selbst Geschlechtsverkehr zwischen "Ariern" und "Arierinnen" und Juden und Jüdinnen. 1938 mussten sich Juden und Jüdinnen die Zwangsnamen Israel und Sara zulegen, der in ihre Pässe zusammen mit einem großen "J" eingetragen wurde, was die spätere Deportation vorbereitete. Seit 1933 waren zahlreiche jüdische Unternehmen durch massiven Druck enteignet worden. Ladenbesitzer wurden durch den Boykott in die Pleite getrieben. Alle jüdischen Familien mußten ihre Vermögenswerten zu Spottpreisen verkaufen um ihr Überleben und das ihrer Angehörigen in Deutschland zu finanzieren. Und schließlich mußten sie ihr Eigentum verkaufen um emigrieren zu können. Im November 1938 war die jüdische Bevölkerung bereits völlig entrechtet, materiell zugrunde gerichtet und beraubt, sozial isoliert und vollständig erfasst.

Die NS-Führung nahm das Attentat zu Anlass ein beispielloses Mordpogrom zu inszenieren. Die Leitartikel der gleichgeschalte-

ten deutschen Presse der nächsten Tage, vor allen Dingen die des NSDAP-Zentralorgans „Völkischer Beobachter“, machten unmissverständlich klar, dass jetzt eine neue Ära antijüdischer Politik beginnen würde: "Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird." Die durch die Pressehetze angeheizte Pogromstimmung entlud sich schon am 7. und 8. November in spontanen Ausschreitungen gegen Juden und jüdische Institutionen. Kleinere Pogrome, die von Ortsgruppenleitern der NSDAP (oft auch von dem Bürgermeister) angezettelt wurden, entglitten deren Kontrolle, weil die Bevölkerung sich allzu rege beteiligte. Am 9. November weiteten sich die Ausschreitungen aus. Diese waren aber erst der Auftakt zum allgemeinen Pogrom, dessen Inszenierung Goebbels oblag. Am Abend des 9. November feierte die Spitze der NSDAP in München den missglückten Putsch von 1923. Gegen 21 Uhr kam die Nachricht vom Tode von Rath. Nachdem Hitler die Versammlung verlassen hatte, verkündete Goebbels um 22 Uhr den Tod des Diplomaten und forderte Vergeltung. Exakt dem

Kalkül Hitlers und Goebbels folgend, fühlten sich die anwesenden SA- und NSDAP-Führer, ohne dass ausdrücklich der Befehl zum Losschlagen gegeben worden war, berufen, entsprechende Aktionen zu organisieren. Die Übermittlung entsprechender Handlungsanweisungen über die Gaupropagandaämter zu den Kreis- und Ortsgruppenleitern der NSDAP im gesamten Gebiet des deutschen Reiches funktionierte schnell und reibungslos. Überall sprangen sie aus den Betten um der Aufforderung zum Pogrom Folge zu leisten. Unter tatkräftiger Unterstützung der Bevölkerung plünderten und zerstörten SA- und SS Angehörige 7500 Läden und Geschäfte jüdischer InhaberInnen, verbrannten und verwüsteten fast alle Synagogen, verschleppten 30.000 Jüdinnen und Juden, vergewaltigten, misshandelten und verprügelten unzählige von ihnen – wobei beinahe einhundert Menschen ermordet wurden. Die Polizei tolerierte den „spontanen Ausbruch des Volkszorns“, die Feuerwehr sorgte dafür, dass die Synagogen kontrolliert abbrannten, ohne das „arisches“ Eigentum beschädigt wurde.

Für die Führung der NSDAP war der 9. November ein Testlauf, wie die Bevölkerung auf den blanken, massenhaft praktizierten antisemitischen Terror reagieren würde. Für die Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich und in ganz Europa war das Novemberpogrom der Übergang von der Entrechtung und Beraubung hin zur physischen Vernichtung. In den Konzentrationslagern von Auschwitz und Treblinka, vor den Erschießungskommandos der Wehrmacht in den Ghettos von Warschau und Riga, in den Dörfern Galiziens, in den Eisenbahnwaggons aus Paris, Rom, Budapest und Saloniki, wurden bis zum 8. Mai 1945 über 6 Millionen Juden und Jüdinnen von deutschen Soldaten, Polizisten, SS-Angehörigen und willigen Helfern aus der Zivilbevölkerung ermordet.

Zum Weiterlesen: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt a.M. 1988

Die erfolgreiche Bewältigung der deutschen Vergangenheit durch die BVV Steglitz-Zehlendorf

Steglitz-Zehlendorf ist ein bürgerlicher geprägter Bezirk im Südwesten Berlins. Im Straßenbild erkennbare Nazis sind dort bisher nur vereinzelt aufgefallen. Das ist in diesem Bezirk auch nicht notwendig, denn rechtsextrems Gedankengut wird dort in der BVV (Bezirksverordnetenversammlung) schon zu Genüge propagiert. Da heißt es am 19. Januar 2005 in einem Änderungsantrag der CDU/FDP zu einem Antrag der PDS für eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus: „...Der 8. Mai steht neben der Befreiung vom totalitären Naziregime auch für den Schrecken und das Leid der Bevölkerung, den die Rote Armee von Ostpreußen bis nach Berlin zu verantworten hat. Im Rahmen der Veranstaltung gedenkt das Bezirksamt der Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes, der Kriegsoffer, Flüchtlinge, Vertriebenen, geschändeten Frauen und der Opfer des sinnlosen Bombenkrieges.“

Bei der CDU/FDP in Steglitz-Zehlendorf gibt es 60 Jahre nach Auschwitz und nach Ende des durch die deutsche Wehrmacht begonnenen zweiten Weltkrieges nur noch Opfer und da vor allem deutsche Opfer, wie dem Zitat entnommen werden kann. Die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden finden keine Erwähnung, die Bombardierung strategisch wichtiger Industriestädte, Truppenumschlagsplätze und Verkehrs-knotenpunkte wird zum „sinnlosen Bombenkrieg“ und die Verbrechen der Wehrmacht werden durch Aufrechnung mit vermeintlichen Verbrechen der Roten Armee verharmlost. Die ideologische Übereinstimmung mit der NPd könne nicht verhindert werden, wie CDU-Bezirksverordneter Torsten Hippe betonte, nachdem der geschichtsrevisionistische Gedenkantrag der CDU/FDP von der Öffentlichkeit kritisiert wurde. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BDA) protestierte

ebenso wie die jüdische Gemeinde gegen die unsägliche Gleichsetzung von Opfern und Tätern und die Botschaft der Russischen Föderation musste anmerken, dass die Rote Armee schließlich nicht aus eigenem Antrieb nach Berlin marschiert sei. Die Affäre zog weite Kreise, die Berliner CDU rügte die Parteifreunde aus dem Südwesten und Torsten Hippe drohte der Parteiausschluss. Der seit 1992 amtierende Bezirksbürgermeister Herbert Weber (CDU) stellte sich hinter seinen Parteikollegen und verteidigte den kritisierten Änderungsantrag gegen „wie so häufig für Moralkulte“ greifende „Tugenddenker“. Der Gedenkantrag wurde in der von der CDU/FDP gewünschten Form aufgrund des öffentlichen Drucks zwar nicht durchgesetzt, eine von der BVV ausgerichtete Gedenkfeier gab es jedoch auch nicht und Torsten Hippe sitzt nach wie vor in der BVV. Die ideologische Übereinstimmung der Steglitz-Zehlendorfer CDU mit der NPd und die Überschreitung des gesellschaftlich akzeptierten Maßes

an Geschichtsrevisionismus ist kein Zufall. 1994 lehnten die Bezirksverordneten von CDU und FDP mit den Stimmen der Republikaner ein Mahnmal für die deportierten Jüdinnen und Juden aus Steglitz-Zehlendorf ab und 2002 verhinderte die Südwest-CDU die Umbenennung der nach dem antisemitischen Historiker Treitschke (er prägte den Satz: "Die Juden sind unser Unglück!") benannten Treitschkestraße. NPd-Sympathisant Torsten Hippe verteidigte als Anwalt den wegen Verharmlosung von NS-Verbrechen vom Schuldienst suspendierten Steglitzer Geschichtslehrer Karl Heinz Schmick und sorgte dafür, dass die rechtsextrême Berliner Burschenschaft Gothia 2003 einen Festkommers der Deutschen Burschenschaft (rechtsextrême Studentenverbindungsdachverband) im Rathaus Zehlendorf abhalten konnte. Bezirksbürgermeister Weber ist Mitglied in militaristischen Vereinen

wie „Reservisten der deutschen Bundeswehr e.V.“ und „Freundeskreis Berlin der Bundeswehr e.V.“, die z.B. am Volkstrauertag 2003 neben der NPd, der DVU und anderen Alt- und Neonazis Kränze für gefallene Wehrmachtssoldaten ablegten. Zudem lobte er anlässlich des Internationalen Deutschen Historiker Treitschke (er prägte den Satz: "Die Juden sind unser Unglück!") benannten Treitschkestraße.

Rechter Terror und staatliche Repression gegen Linke in Potsdam Im Sommer dieses Jahres stieg die Zahl der Überfälle von Neonazis auf Linke und MigrantInnen rapide an. Angefangen hatte die Welle der Gewalt im Rahmen eines Gerichtsprozesses gegen Neonazis in Potsdam. Die "Kameraden" holten sich Unterstützung aus Berlin aus dem Umfeld der verbotenen Kameradschaften "Tor" und "Berliner Alternative Südost

Quellen: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin (Hrsg.): Steglitz-Zehlendorf 2005, Ein Wegweiser durch den Bezirk

Antifaschistisches Infoblatt #65 und #66

Antifaschismus ist kein Verbrechen. Freiheit für Julia ! Sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren!

Seit nunmehr über vier Monaten sitzt die Potsdamer Antifaschistin Julia S. in Untersuchungshaft. Ihr wird vorgeworfen, am 18. Juni diesen Jahres von 15 Neonazis aus einer Straßenbahn heraus zwei linke Jugendliche angegriffen und kränkenhausreif geprügelt. Einige der mutmaßlichen Täter konnten kurze Zeit später festgenommen werden, kamen aber bald wieder auf freien Fuß. Und das obwohl einem der Opfer mit einer zerbrochenen Flasche eine Schnittwunde beigebracht wurde und einer der Neonazis nach Polizeiangaben "Scheißzecke, ich mach dich alle" gebrüllt haben soll. Die Ermittlungen gegen die Neonazis laufen unter "gefährliche Körperverletzung". AntifaschistInnen, die sich gegen die rechte Gewalt gewehrt haben, wurden unter anderem in Potsdam und Berlin 1 mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Strafverfahren überzogen. Die Potsdamer Neuesten Nachrichten kommentierten: "Warum bei den einen so und bei den anderen so? Es kann doch nicht angehen, dass es in Potsdam vom Dienst habenden Richter abhängt, unter welchem Tatvorwurf ermittelt wird." Scheinbar doch: Julia S. sitzt in Untersuchungshaft, darf alle zwei Wochen von drei Personen Besuch empfangen, die Telefonerlaubnis wurde ihr verweigert. Die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes kritisieren, dass ungleiche Rechtsstandards für rechts und links zu gelten scheinen. Die Gewaltspirale, die von der Potsdamer CDU im Sommer gesehen wurde, gibt es indes nicht. Nach Angaben des Antifa-Archivs Potsdam stehen dreizehn Übergriffen von Rechten, die von Pöbeleien

(BASO)". Am ersten Prozesstag schüchtern die Neonazis ZeugInnen ein und gingen diese vor dem Gerichtsgebäude verbal an. Anfang Juli hatte eine Gruppe von 15 Neonazis aus einer Straßenbahn heraus zwei linke Jugendliche angegriffen und kränkenhausreif geprügelt. Einige der mutmaßlichen Täter konnten kurze Zeit später festgenommen werden, kamen aber bald wieder auf freien Fuß. Und das obwohl einem der Opfer mit einer zerbrochenen Flasche eine Schnittwunde beigebracht wurde und einer der Neonazis nach Polizeiangaben "Scheißzecke, ich mach dich alle" gebrüllt haben soll. Die Ermittlungen gegen die Neonazis laufen unter "gefährliche Körperverletzung". AntifaschistInnen, die sich gegen die rechte Gewalt gewehrt haben, wurden unter anderem in Potsdam und Berlin 1 mit Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Strafverfahren überzogen. Die Potsdamer Neuesten Nachrichten kommentierten: "Warum bei den einen so und bei den anderen so? Es kann doch nicht angehen, dass es in Potsdam vom Dienst habenden Richter abhängt, unter welchem Tatvorwurf ermittelt wird." Scheinbar doch: Julia S. sitzt in Untersuchungshaft, darf alle zwei Wochen von drei Personen Besuch empfangen, die Telefonerlaubnis wurde ihr verweigert. Die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes kritisieren, dass ungleiche Rechtsstandards für rechts und links zu gelten scheinen. Die Gewaltspirale, die von der Potsdamer CDU im Sommer gesehen wurde, gibt es indes nicht. Nach Angaben des Antifa-Archivs Potsdam stehen dreizehn Übergriffen von Rechten, die von Pöbeleien

bis zu körperlichen Attacken reichen ein einziger auf einen Neonazi gegenüber. Die Gewalt auf der Straße geht nicht von Linken aus, sondern von organisierten Neonazis. Einer der Anwält der Beschuldigten sagte einer Berliner Wochenzeitung im Juli, dass die Art und Weise, wie die Potsdamer Justiz vorgehe "reines Kriminalisierungs- und Verfolgungsinteresse gegen junge Antifas" darstelle. Der offene Brief ist bloß ein Anfang. Es wird Zeit, dass Rechtsextrémismus nicht nur in Potsdam als das erkannt wird was er ist: eine organisierte Bedrohung, die von Polizei und Politik schon viel zu lange verharmlost wurde. Und es kann nicht angehen, dass diejenigen, die sich gegen die von Neonazis ausgehende Gefahr wehren, unter Androhung hoher Strafen kriminalisiert werden.

Ihr könnt Julia unterstützen:

- Gefangene freuen sich über Post, also Postkarten und Briefe schreiben schreiben (Julia Senf, JVA Luckau-Duben, Lehmkietenweg 1, 15926 Duben);
- Im Knast sitzen und wieder rauszukommen kostet viel Geld, also Geld spenden **Konto: Rote Hilfe e.V. Potsdam, Kontonummer 151 907 703, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Stichwort KnastsoLi.**
- Protestbriefe/Postkarten an den Brandenburger Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg schicken. (s. Textvorschlag)

<p>Textvorschlag:</p> <p>Sehr geehrter Dr. Erado Rautenberg</p> <p>Seit dem 18. Juni 2005 wird gegen fünf Potsdamer AntifaschistInnen wegen versuchten Mordes ermittelt, eine von ihnen sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Hiermit fordere ich Sie auf, eine Einstellung dieser Ermittlungen zu bewirken. Der Vorwurf des versuchten Mordes stützt sich auf die Behauptung, die fünf hätten den Tod eines anderen Menschen billigend in Kauf genommen und als Linke wären sie der Meinung, man dürfe Rechte töten, was für eine niedere Gesinnung spräche. Die juristische und politische Unhaltbarkeit diese Begründung ist offensichtlich. Mit der Behauptung, fünf junge AntifaschistInnen hätten einen Mordversuch an einem Neonazi begangen, werden die Verhältnisse in Potsdam und im Land Brandenburg auf den Kopf gestellt. Gewalt, Angriffe, Mordversuche, ja Morde, damit sind im Land Brandenburg jene Menschen konfrontiert, denen aus irgendeinem Grund von Neonazis das Existenzrecht abgesprochen wird. Die Kriminalisierung jener Menschen, die sich aktiv gegen Neonazismus und für eine antifaschistische demokratische Kultur im Land Brandenburg einsetzen, wird die Verhältnisse in dieser Hinsicht verschärfen. Julia muss aus der Untersuchungshaft entlassen werden, die Ermittlungen wegen Mordversuchs gegen die fünf Antifas müssen eingestellt werden!</p> <p>Adresse: Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg Kirchhofstraße 1 - 2 14776 Brandenburg an der Havel</p>
--

bestehendes jüdisches Mahnmal im Berliner Bezirk Tiergarten mit antisemitischen Parolen und Hakenkreuzen.

Am 6. April wurde in Nürnberg der Neonazi Gerhard Ittner zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Er ist bekannt für

seinen fanatischen Hass auf Ausländer und Juden. Nach Darstellung des Landgerichts Nürnberg hat sich der 46-jährige auf Kundgebungen und im Internet staatsfeindlich geäußert und den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde beschimpft und beleidigt. Der Vorsitzende der Staatsschutzkammer sagte in der

Urteilsbegründung, der Angeklagte habe den Prozess als Forum zur Verbreitung seiner Messiasbraucht. Ittner hatte jedem Punkt der Anklage ausufernde antisemitische und ausländerfeindliche Kommentare folgen lassen. Das Urteil wurde in Abwesenheit des Angeklagten verhängt. Er war kurz vor dem Ende des viermonatigen

Verfahrens untergetaucht und wird nach wie vor per Haftbefehl gesucht.

In Nordhausen (Thüringen) wurde am 4. Mai der Gedenkstein für die ehemalige Synagoge mit rechtsextrêmen Parolen beschmiert. Zwei Tage zuvor waren bereits am Gebäude der Jüdischen Kultur-

initiative antisemitische Schmierereien entdeckt worden. Die bislang unbekanntenen Täter sprühten Parolen wie „Der wahre Faschismus: Zionismus und Freimaurerei“ und „Zionisten: Mörder und Faschisten!“ an die Fassade. Auch auf dem Ehrenfriedhof der Stadt wurden antijüdische Parolen entdeckt. Die Häufung solcher Vorfälle könnte in

Zusammenhang stehen mit der bevorstehenden Eröffnung einer Wanderausstellung zum Thema Antisemitismus der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Am 12. Mai beschimpften und beleidigten einige junge Männer in der Bonner Innenstadt Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Anschließend spuckten sie vor dem

Informationsstand der Gemeinde, der dort für zwei Stunden aufgebaut war, auf den Boden. Von der Anwesenheit eines Streifenwagens und der Aufforderung von Polizeibeamten, die Beleidigungen zu unterlassen, ließen sich die Männer nicht stören. Sie erhielten einen Platzverweis.

Am Morgen des 1. Juni entdeckten

Sicherheitsbedienstete Hakenkreuze an vier Stelen des am 12. Mai der Öffentlichkeit übergebenen Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Für den gleichen Tag war der Besuch des israelischen Präsidenten Mosche Katzav angekündigt.

Am 30. Juni teilte die Berliner Polizei mit, dass zwei Gräber auf

dem jüdischen Friedhof in Berlin – Weißensee verwüstet worden seien. Die unbekanntenen Täter stießen vier Grabsäulen, einen Grabstein und drei Grabtafeln um.

Am 16. Juli besprühten unbekanntene Täter die Mauer des jüdischen Friedhofes in Alsbach-Hähnlein (Hessen) mit einem Hakenkreuz und dem Wort „Auschwitz“. Sie ver-

wendeten orangefarbenen Lack. Des Weiteren wurden drei Gedenktafeln am Eingang des Friedhofes mit schwarzer Farbe beschmiert.

In der Nacht zum 20. Juli haben Unbekannte im Berliner Stadtteil Moabit die Rückseite der Gedenktafel des Mahnmals für die ehemalige Synagoge

Widerliche deutsche Antisemiten

Horst Mahler und seine „Reichsbürger“ leugnen den Holocaust und knüpfen nahtlos an den eliminatorischen Antisemitismus der NS-Zeit an

Innerhalb der neonazistischen Szene in Deutschland haben sich die äußerst merkwürdigen „Reichsbürger“ unter der Führung Horst Mahlers als so genannte Reichsbewegung formiert. Der politische Weg Mahlers, von der Mitgliedschaft im SDS, als APO-Anwalt und RAF-Kämpfer der 70er hin zur heutigen extremen Rechten dürfte hinlänglich bekannt sein. Horst Mahler hat sein ganzes Tun und Handeln der Wahnvorstellung von der „jüdischen Weltverschwörung“ untergeordnet. Seine so genannte Beweisführung zur „Endlösung der Judenfrage“ (O-Ton Mahler) verbreitet er in pseudowissenschaftlichen Texten hauptsächlich im Internet. Für die Gemeinde der deutschen Holocaustleugner und Revisionisten ist er zum Vordenker geworden und die von ihm entwickelten Strategien werden von seinen AnhängerInnen umgesetzt.



Horst Mahler im Gericht Moabit, Januar 2004

Mahlers große Erleuchtung dieser Tage besteht darin, dass „Die wegen Leugnung des Holocausts Verfolgten“ jetzt „zu Verfolgern“ werden, indem Sie „die Große Lüge“ jagen, „deren Tage gezählt sind“. Mahler will die Justiz mit einer Fülle von so genannten Holocaustverfahren überschweben und plädiert daher in seinen Kreisen für „eine organisierte Selbst-anzeigenkampagne“. Hierin sieht er einen „zielorientiert geführten Freiheitskampf“ und solch eine Kampagne würde „im Rahmen des Feldzuges gegen die Offenbarkeit des Holocausts den Zusammenbruch der Fremdherrschaft über unser Volk wesentlich beschleunigen“. Das Jagen der „großen Lüge“ besteht denn auch darin, dass Mahler selbst, aber auch seine „Reichsbürger-Gefolgschaft“ Briefe, Faxe und E-Mails verschicken, in denen sie den Adressaten vorwerfen sich „als Kollaborateure der Feindmächte eines schweren Kriegsverbrechens gegen das Deutsche Volk schuldig gemacht“ zu haben und

sie sich „demnächst vor Gerichten des Deutschen Reiches wegen dieser Verbrechen verantworten“ müssten. Und unverhohlen drohen sie dann auch damit, dass „Nach dem fortgeltenden Reichsrecht“ darauf „die Todesstrafe steht“. Politiker, Juristen und im pädagogischen Bereich Schule und Kita tätige Menschen, werden auf diese Weise von Mahler und seinen „Reichsbewegungs-AktivistInnen“ bedroht und belästigt.

Zu dem was sich in dieser „Reichsbürger“-Szene abspielt haben die normalen durchschnittlichen Menschen keinen Zugang. Jedoch im gesamten rechtlichen Spektrum findet ihre Propaganda immer wieder Gehör und sie nur als „durchgeknallt“ abzutun wäre sträflich. Ihre Aktivitäten müssen beobachtet werden und dort wo sie auftauchen, müssen sie und ihr widerlicher Antisemitismus kompromisslos bekämpft werden.

Im weiteren Text werden Beispiele „reichsbürgerlicher“ Aktivitäten beschrieben um hier einen kleinen, vielleicht doch aufschlussreichen Einblick zu gewähren.

Die Bürgerinitiative „Spandau-Neustadt e.V.“ lud am 17. September 2004 zu einer „Neustadt-Vollversammlung“ in die Lutherkirche ein. Die Veranstaltung war thematisch ausgerichtet auf soziale Probleme in der Spandauer Neustadt und wollte vor dem Hintergrund eines erheblichen Anteils an MigrantInnen für einen toleranten und weltoffenen Stadtteil werben. Genau dieses Thema lockte denn auch ein paar Neonazis an. Im Vorfeld der Veranstaltung tauchten im Kiez um den Lutherplatz anonyme Flugblätter mit rassistischem und antisemitischem Inhalt auf, u. a. werden für soziale Probleme in Form von jeglicher Kriminalität und „Verschmutzung von Straßen und Kinderspielflächen“ ausschließlich „Ausländer und andere Fremdlinge“ verantwortlich gemacht. Des weiteren werden hohe Mieten und Arbeitslosigkeit damit erklärt, das „in unserem Land die Juden und ihre Knechte regieren“, der Staat „unsere Steuern für Mahnmäler ausgibt“ und „unsere Häuser und Fabriken in Judenbesitz überträgt“.

Nach Einschätzung von AntifaschistInnen sind die Urheber des anonymen Flugblattes im Spektrum der „Reichsbürger“ zu suchen. Parallel zu dem anonymen Flugblatt tauchte auch ein Aufkleber der „Kameradschaft Reinickendorf“ auf, der mit der Parole „Wir wollen ein anständiges, starkes, deutsches Deutschland“ das Flugblatt auf den „volksgemeinschaftlichen Punkt bringt.“

Engagierte SpandauerInnen aus der Bürgerinitiative haben nach dem Auftauchen der neonazistischen Flugblätter bei der Polizei Anzeige erstattet, was dann auch eine polizeiliche Überwachung der Veranstaltung nach sich zog. Und tatsächlich tauchte eine Gruppe von Neonazis, allerdings unbemerkt von der Polizei, in der Lutherkirche auf und wollte an der „Neustadt-Vollversammlung“ teilnehmen, wurde aber von anwesenden AntifaschistInnen sofort wieder hinausbegleitet und nach Hause geschickt.

Die Gruppe der Neonazis bestand aus 5-6 jungen „Kameraden“ (wahrscheinlich „Kameradschaft Reinickendorf“) im „Thor Steinar – Nazi-Outfit“ und wurde von einer Frau mittleren Alters angeführt. Diese Frau bewegt sich im Umfeld der „Reichsbürger“ und hat immer wieder an diversen neonazistischen Aufmärschen teilgenommen, so z. B. am so genannten Heß-Gedenken 2004 im bayrischen Wunsiedel.



„Reichsbürgerin“ beim „Heß-Gedenken“ in Wunsiedel 2004

Was sich im Kopf dieser „Reichsbürgerin“ abspielt gab sie am 6. Dezember 2003 vor der laufenden Kamera eines ZDF-Teams im Rahmen eines neonazistischen Aufmarsches in Berlin-Rudow von sich. Auf die Frage der Reporterin, „ob sie sich als selbstbewusste deutsche Staatsbürger fühlen würden“

antwortete sie unter debilem Gelächter mehrerer Personen, „Reichsbürger, Reichsbürger, wir sind Reichsbürger“. Nach dem Einwand einiger umstehender Nazis, man solle nicht mit der Presse reden, entstand folgender Dialog (O-Ton): „Es wird eh wieder neu zusammen geschnitten“ – „Wenn sie ganz kluge Sachen sagen, können wir nichts Dummes zusammen schneiden“ – „Die kluge Sache ist, dass dieses ZDF wahrscheinlich wieder einem Juden gehört, weil die Presse sowieso von den Juden kontrolliert wird.“ – „Was haben Sie gegen Juden?“ – „Ich hätte nichts gegen sie, wenn sie mein Volk nicht kaputt machen würden und die ganze Welt tyrannisieren und ausbeuten würden, dann hätte ich nichts gegen sie.“

In diesem Zusammenhang fallen einem sofort die Schmierereien in Berlin-Mitte ein, die seit mehreren Jahren an Stromkästen, Hauswänden, Glascontainern und Parkbänken zu finden sind: „Radio und TV – Judenfunk“. Aber auch die Anschläge auf die Jüdenstraße in Spandau im November 2004 tragen die Handschrift der „Reichsbürger“. Mit Ölfarbe wurde der Namenszug „Juden“ auf den Straßenschildern übermalt und die Außenfront der PDS-Geschäftsstelle mit der auch in der NS-Zeit häufig benutzten Parole „Die Juden sind unser Unglück“ beschmiert. Außerdem wurde ein Flugblatt hinterlassen für das Horst Mahler presserechtlich verantwortlich ist.



„Reichsbürger“ Gerd Walther aus Berlin-Spandau beim „Heß-Gedenken“ in Wunsiedel 2004

Zu Mahlers „Reichsbewegung“ gehört auch Gerd Walther aus Haselhorst, einem Ortsteil von Spandau. Der Lebensinhalt des fanatischen Antisemiten besteht darin, die „jüdische Weltverschwörung“ zu bekämpfen. Gerd Walther ist „In Geschäftsführung ohne Auftrag für

das Deutsche Reich“ unterwegs und verschickt mit diesem Briefkopf u. a. Briefe an LehrerInnen, in denen er ein Droh-Szenario gegen die betreffende Person aufbaut. So verfasste „Reichsbürger Walther“ am 30. April 2004 einen „Offenen Brief“ an einen Schulleiter in Bernau bei Berlin, in dem er einleitend schreibt „Die Bundesrepublik Deutschland ist am Ende. Die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wird wieder hergestellt. Denken Sie jetzt an Ihre persönliche Zukunft.“, um dann die Drohung auszusprechen „...Ihnen in dem, demnächst vor dem Reichsgericht gegen Sie stattfindenden Strafverfahren wegen Landesverrats die Einlassung zu widerlegen, dass Sie sich des Ihnen vorgeworfenen Verrats am Deutschen Volke nicht bewusst gewesen seien.“ Untermauern will Walther seine Mitteilung an den Schulleiter mit einer Rede von Prof. Dr. Carlo Schmid vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 in der es wohl u. a. heißt dass „die Bundesrepublik Deutschland kein Staat, sondern nur die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft sei“ Dieses Konstrukt ist bei den „Reichsbürgern“ Dreh- und Angelpunkt ihrer Sicht auf die Dinge. Und weiter halluziniert Walther in dem Brief „Die Lüge ist Grundlage der talmudischen Welt-herrschaft. Und Sie machen in Ihrer Eigenschaft als Schulleiter mit besonderer Eifer mit. Sie stehen an vorderster Front, wenn es gilt, unsere Jugend mit der Auschwitz-Lüge seelisch zu vergiften“, um dann den Schulleiter abschließend zu beratschlagen „Sie werden hiermit auf die Möglichkeit der tätigen Reue hingewiesen und aufgefordert, im Geiste von Tauroggen das Vasallenverhältnis zu den USA innerlich aufzukündigen und künftig mit allen Ihren Handlungen an der Schule das Wohl des Deutschen Reiches und seines Volkes in den Mittelpunkt zu stellen. In erster Linie wird von Ihnen erwartet, beim Aufstand für die Wahrheit, der am 30. Juli 2003 auf der Wartburg begann, dabei zu sein“. Die Verteilung dieses Briefes vor Bernauer Schulen zog eine Anklage wegen Volksverhetzung gegen Walther und drei weitere „Reichsbürger“ nach sich.

Die Strategie der Flüchtlinge, in großen Gruppen die Grenzanlagen zu übersteigen um damit die Chance für Einzelne, europäischen Boden zu betreten, zu erhöhen ist neu und kann als Reaktion auf die immer perfektere Abschottung der EU-Außengrenzen gesehen werden. Die Antwort der EU auf diese neue Strategie ist einerseits die Erschießung einiger Flüchtlinge durch spanische und marokkanische Sicherheitskräfte (u.a. die spanische paramilitärische Guardia de Civil) und andererseits die Ermordung durch Aussetzung hunderter abgeschobener Flüchtlinge ohne Lebensmittel und Wasser in der Wüste nahe der marokkanisch-algerischen Grenze.

Doch die Grenzen der EU waren auch vorher schon tödlich. Seit Jahren kommen Menschen als direkte Folge der Militarisierung der Grenzen, der Asylgesetze, der Lager- und Abschiebungspolitik ums Leben. Die Organisation UNITED hat über 6000 solcher Todesfälle seit 1993 dokumentiert.

Die EU pumpt hunderte Millionen Euro in die Aufrüstung der Grenz-

Totschweigen und Ignorieren

Die NPD verdoppelt bei der Bundestagswahl ihren Stimmenanteil - und niemand spricht darüber

Die Bundestagswahlen sind gelaufen. NPD und DVU haben es nicht geschafft, mit der nach dem Wahlerfolg in Sachsen vollmundig angekündigten „Volksfrontstrategie“ in das Parlament einzuziehen. Die Meinungsforschungsinstitute hatten im Vorfeld der Wahl die Übereinkunft getroffen, nicht über die Neonazis zu berichten bzw. sie in ihren Forschungen zu vernachlässigen. Die Strategie, den Rechten keine Aufmerksamkeit zukommen lassen und ihnen so – durch Totschweigen – den Weg zum Erfolg zu verbauen, ist problematisch.

Nach den Wahlen ist die wachsende Bedrohung durch Rechtsextremismus offensichtlich geworden. Sicherlich stellen bundesweit gerade mal 1,6 Prozent keine ernsthaften Bedrohungen für den Staat dar. Dennoch hat die NPD damit die Summe von rund 630000 Euro pro Jahr an Wahlkampfkostenersatzung erreicht.

Nach Angaben des Verfassungsschutzes, der die „Nationaldemokraten“ beobachtet, steckt die NPD Gelder in den Aufbau der Organisation und nutzt sie, um qualifiziertes Führungspersonal zu rekrutieren. Zudem fällt beim „Totschweigen“ aus dem Blick, dass die Neonazis in einzelnen Regionen sehr hohe Wahlergebnisse erzielen konnten. Insgesamt konnte die NPD ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 2002 an vielen Orten mehr als verdoppeln. In den Berliner Wahlbezirken war nach Angaben des Tagesspiegel ein Stimmenanstieg von 0,2 bis 2,5 Prozent auf 0,8 bis 3,5 Prozent zu verzeichnen. In Thüringen stieg der Stimmenanteil landesweit gar von 0,9 auf 4,1 Prozent. In allen Bundesländern konnte die NPD ihr Wahlergebnis verbessern, im Westen auf insgesamt 1,1 Prozent, im Osten auf 3,1 Prozent.

Als Mitte September 2005 Gruppen von mehreren hundert Menschen die Grenzanlagen der spanischen Exklaven in Nordafrika (Ceuta und Melilla) mit provisorischen Leitern zu überwinden versuchten konnten die EU-BürgerInnen dies aufgrund der Überwachungskameras fast live in ihren Fernsehsesseln verfolgen.

Doch die Grenzen der EU waren auch vorher schon tödlich. Seit Jahren kommen Menschen als direkte Folge der Militarisierung der Grenzen, der Asylgesetze, der Lager- und Abschiebungspolitik ums Leben. Die Organisation UNITED hat über 6000 solcher Todesfälle seit 1993 dokumentiert.

Die EU pumpt hunderte Millionen Euro in die Aufrüstung der Grenz-

ab - dort ist die NPD gesellschaftlich fest verankert. Zwar hat die NPD gegenüber den sächsischen Landtagswahlen im Jahr 2004 einen Verlust von 4,3 Prozentpunkten hinnehmen müssen, „dennoch werten Politikwissenschaftler und Verfassungsschützer dies nicht als Zeichen der Schwäche“, heißt es auf der Homepage der Tagesschau. In Sachsen sind die Nazis sowohl in der Mitte der Gesellschaft angekommen als auch in weiten Teilen der Jugendkultur verankert.

Für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst nächsten Jahres befürchtet der Präsident des Verfassungsschutzes, dass die NPD in den Landtag einziehen könne. „Sie hat in Mecklenburg-Vorpommern lokale Strukturen, ist im Vereinsleben und in Kommunalparlamenten verankert, das war auch in Sachsen so,“ hieß es in einer sächsischen Zeitung. Und leider muss man auch dem NPD-Strategen und Vizevorsitzenden Peter Marx beinahe zustimmen,

wenn er dem „rbb“ in die Mikrofone spricht, dass „man nur darauf warte, dass die künftigen Wähler endlich achtzehn werden“.

Es ist wichtig, die rechte Szene auch in den Parlamenten zu beobachten. Aber von alleine und durch ignorieren wird sich das Problem nicht erledigen. Im Gegenteil - ein Klima geprägt von Ignoranz und „Wegschauen“ leistet der Verankerung der Nazis in der Gesellschaft Vorschub - und der Terror der Nazis gegen Nicht-Deutsche und Andersdenkende wirkt damit doppelt. Denn niemand kümmert sich um die Opfer und die Täter verschwimmen im Dunst gewöhnlicher Kriminalität und finden im schlimmsten Fall gesellschaftliche Anerkennung. Aus diesem Grund ist es die Aufgabe der antifaschistischen Bewegung, dem Totschweigen und Verharmlosen durch Polizei und Politik entgegenzutreten und auf den Rechtsextremismus nicht nur hinzuweisen sondern ihm auch entgegenzutreten.

Sicht auf die Brutalität mit der die EU ihre Grenzen verteidigt. Die Gründe für die Not der Flüchtlinge und für die Flucht selber werden ausgeblendet, verharmlost und/oder verzerrt dargestellt, würde doch ansonsten die Mitschuld der Europäischen Union an diesen Gründen offen zutage treten.

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

Während fast täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, in Frachtcontainern versteckte Flüchtlinge ersticken und Menschen bei gewaltsamen Abschiebungen zu Tode kommen, rechtfertigen die EU-Staaten ihre ausgrenzende Politik als Ausdruck eines besonderen Humanismus. Der Verweis auf die Skrupellosigkeit der Schleuser verdeckt die

In der Nacht zum 23. September ist ein jüdischer Friedhof im Landkreis Altenkirchen im Westerwald (Rheinland-Pfalz) verwüstet worden. Unbekannte Täter zerschlugen Grabsteine oder beschmierten sie mit Hakenkreuzen. Bereits in der Nacht vom 10. auf den 11. September hatten Unbekannte auf dem Friedhof randaliert.

Am 3. Oktober wurde zum wiederholten Mal ein jüdisches Mahnmal im Berliner Bezirk Tiergarten beschmiert. Die Polizei entdeckte das zehn mal fünfzehn Zentimeter große Graffiti in schwarzer Farbe bei einer routinemäßigen Patrouille.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober beschädigten Unbekannte

ein Mahnmal in Schnaitsee (Bayern). Sie schlugen offenbar mit einem schweren Werkzeug auf die Tafel ein, die an die Schnaitsee Opfer des Nationalsozialismus erinnern soll. Vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes im Mai wurde das Mahnmal schon einmal beschädigt.

In der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober wurden in Berlin an

mehreren Orten antisemitische Schmierereien entdeckt. Das Denkmal für Berthold Brecht vor dem Berliner Ensemble, Plakate des Anne-Frank-Zentrums und die Gräber der Schriftsteller Brecht, Heinrich Mann und Johannes R. Becher auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof wurden mit weißer Farbe und Davidsternen verunstaltet.

Am 17. Oktober wurden weitere Schmierereien entdeckt, an die Rückseite des Roten Rathauses wurden vier weiße Davidsterne gemalt, in gleicher Weise wurde ein Relief der Hochschule für Musik am Schlossplatz und eines der Einstein – „E“, die anlässlich des Einstein – Jahres aufgestellt wurden, beschmiert. Auch auf der „Gedenkstätte der

Levetzowstraße besprüht. Gefunden wurde ein Schriftzug in gelber Farbe von 240 Zentimetern Länge.

Am 26. Juli verurteilte das Amtsgericht Mühlhausen (Thüringen) den 24-jährigen Mario P. zu einer mehrjährigen

Haftstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung. Der Mann hatte im April des vergangenen Jahres im Regional-express nach Göttingen einen jungen Israeli angegriffen. Er warf ihm eine Flasche an den Kopf, zeigte den Hitlergruß und sagte: „So etwas wie du müsst vernichtet werden.“

In der Nacht zum 3. August beschmierten Unbekannte in Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern) eine Stele zum Gedenken an die Opfer der Judenverfolgung mit Altöl.

Zwischen dem 5. und 10. August beschmierten Unbekannte in Prenzlau (Brandenburg) Gebäude

und Tafeln, darunter ein Hinweisschild zum jüdischen Friedhof, mit Hakenkreuzen.

Am Abend des 17. August beschimpften zwei Jugendliche eine Gruppe von Teilnehmern des Internationalen Sommercamps des Museums Synagoge Gröbzig (Sachsen-Anhalt) mit rassistischen

Sprüchen und warfen Bierflaschen nach ihnen.

Am 22. oder 23. September beschädigten Unbekannte im Berliner Bezirk Kreuzberg das Ehrengrab der Familie des jüdischen Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Täter rissen drei Kreuze aus dem Sockel.

Moabit- schwarz-braun statt bunt

Berlin-Moabit, Ufnaustaße 8. Es ist der 8. August 2005 gegen 11 Uhr nachts. Neun Menschen sterben im Feuer, das sich im Treppenhaus ausbreitet. Die Opfer stammen aus dem Kosovo und aus Polen. Unter den Toten sind vier Kinder. Berlins oberster Brandschützer Broemme sprach schnell von „Sprach- und Kommunikationsproblemen“, die die Rettung behindert hätten. Der CDU-Politiker Volker Liepelt benutzte den Brand für den eigenen Wahlkampf und sagte:

„Wer nicht bereit ist, die Sprache des Landes zu lernen, in dem er sich auf Dauer aufhält, hat auch kein Anrecht, materielle Hilfen dieses Staates zu erhalten.“

Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass es keine Sprachprobleme gab, dafür sind unterbesetzte Löschzüge der Feuerwehr in Berlin an der Tagesordnung.

Volker Liepelt hat sich für seine „reflexhafte Reaktion“ entschuldigt, bei der er Menschen jegliche materielle Hilfe verweigern wollte, in diesem Fall sogar die lebensrettende Hilfe durch die Feuerwehr. Unter den unkontrollierbaren Reflexen von Volker Liepelt hatten in den letzten Jahren mit schöner Regelmäßigkeit in Moabit Obdachlose, Sozialhilfeempfänger, MigrantInnen und Drogenabhängige zu leiden. Das Wahlvolk hat es ihm auch stets gedankt.

Bei der letzten Wahl haben es keine Nazis in den Bundestag geschafft. Trotzdem erzielten sie zum Teil beachtliche Erfolge, so konnten sie zum Beispiel in Berlin ihre Stimmen fast verdreifachen. Und die Partei des geistigen Brandstifters Liepelt stellt seit kurzem die Bundeskanzlerin.

„Der Pianist“ – Erinnerungen an Warschau 1939 – 1945

Veranstaltung mit Film und Zeitzeugen – Gespräch

1940 werden alle Warschauer Juden ins Ghetto gesperrt, darunter der Pianist Wladyslaw Szpilman mit seiner Familie. Vor seiner drohenden Deportation in ein Vernichtungslager gelingt ihm die Flucht. Im Chaos der Kämpfe um Warschau überlebt er versteckt im geräumten Warschauer Ghetto. Unerwartete Hilfe erhält er von einem frustrierten Wehrmachtsoffizier.

Die Geschichte des Warschauer Ghettos gehört zu den grausamsten Kapiteln nationalsozialistischer Vernichtungspolitik in Osteuropa. Eine Bevölkerungsgruppe, für die sowieso nur noch die Vernichtung vorgesehen war wurde hier unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht um ihr so schon zu Lebzeiten jede Würde zu nehmen und jede Gegenwehr von vorne herein zu brechen.

Gelungen ist dies nicht, der Aufstand im Warschauer Ghetto zeigt auch die Bereitschaft der Jüdinnen und Juden, sich gegen das für sie vorgesehene Schicksal mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

„Der Pianist“ ist die Verfilmung der autobiographischen Erinnerungen von Wladyslaw Szpilman, die erstmals 1946 in Warschau unter dem Titel „Mein wunderbares Überleben“ erschienen sind.

Im Anschluss an den Film wird Heinz Kallmann, selbst Überlebender des Holocaust, die Ereignisse im Warschauer Ghetto aus seiner Sicht kommentieren und steht für Fragen zur Verfügung.



**Sonntag, 13.11.2005, 17 Uhr im Filmrauschpalast
Kino der Kulturfabrik Moabit, Lehrter Straße 35, 10557 Berlin**

Bus 123, M27

deutsches Jahr

Sozialisten“ in Lichtenberg wurden verschiedene Tafeln und eine Mauer mit weißer Farbe und Davidsternen beschmiert. Einen Tag später setzte sich diese Serie fort und das sowjetische Ehrenmal in Treptow wurde in gleicher Weise geschändet. Da überall weiße Farbe verwendet wurde und die Schmierereien sich ähneln, geht der

Staatsschutz davon aus, dass es sich jeweils um die selben Täter bzw. eine koordinierte Aktion handelt. Unklar ist, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen den Schändungen und dem Jüdischen Neujahrsfest, das Anfang Oktober gefeiert wird.

Die Zahl antisemitischer Straftaten ist 2005 gestiegen. Bis Ende August wurden 147 Fälle registriert, im selben Zeitraum im Vorjahr waren es noch 120.

Impressum

V.i.S.d.P.:
M.Meier, Alt Moabit 25, 10555Berlin

ATM
Postfach 210 235
10502 Berlin
a_i_m@gmx.de

aufrufende Gruppen:

Antifa TU, fels - Antifa AG,
Spandauer Bündnis gegen
Rechts, Linke Bande Spandau

Unterstützt vom ASTA TU

<http://www.keinvergeben-keinvergessen.tk/>